

Künstler*innen und Kreative in der Bürokratiefalle

Ein Appel von Katja Mitteldorf, MdL

In einer Zeit wie dieser, ich schrieb es an anderer Stelle schon, zeigt sich zum einen, wer in der Gesellschaft als systemrelevant gilt und tatsächlich unbürokratische Hilfen erhält. Zum anderen zeigt sich aber auch, wem diese Hilfen lediglich versprochen wird. Am Ende entpuppt sich dies als tiefe Krise der Solidarität.

Natürlich sind wir in einer Ausnahmesituation und natürlich können Politik und Verwaltung auch nur so schnell und umfassend arbeiten, wie es ihnen in ihren Bereichen möglich ist. Denn auch diese Menschen haben Grenzen, ganz klar. Sie sind, wie wir alle, eben Menschen. Trotz Ängsten, Kraftbegrenzung, oder Familien, mit Kindern, die zu Hause sind und betreut werden müssen etc. zeigt die viel gescholtene Verwaltung gerade sehr eindrucksvoll, dass sie schnell, flexibel und auch kreativ sein kann. Das ist gut und dies gilt es anzuerkennen. Politiker*innen (fast) aller Ebenen zeigen, was es heißt, Verantwortung ohne Parteibuch-Scheuklappen zu übernehmen. Auch das ist gut und richtig. Hoffentlich bleibt davon auch nach der akuten Krise noch lange etwas übrig.

Es ist daher erstmal positiv zu bewerten, dass es allerorten umfassende Hilfen und Schutzschirme gibt. Es wird viel, viel Geld in die Hand genommen, es wird durchgeackert, um alle Richtlinien, Antragsformulare und Eventualitäten in kürzester Zeit rechtssicher zu bedenken. Es wird geliefert! Ich bin dafür unendlich dankbar und hoffe, dass allen Beteiligten (gerade denjenigen ohne Öffentlichkeit) dafür auch die Anerkennung zuteilwird, die sie verdienen.

Als Landtagsabgeordnete und Kulturpolitikerin, die am Liebsten immer alles gleich und auf einmal hätte, übe auch ich mich darin, die Zwischenerfolge zu würdigen und nicht nur zu kritisieren. Ich übe mich in Geduld, weil vieles, was jetzt wichtig ist, natürlich nur nach und nach passieren kann. Es wird am Anschlag gearbeitet!

Die Diversität und Komplexität unserer Gesellschaft und ihrer Produktions- und Arbeitsprozesse, ihrer Wirkzusammenhänge und der unterschiedlichen (Selbst-)Verständnisse von Arbeit zeigen in der Realität der schnellen Hilfen und Entscheidungen, dass trotz so weitläufig wie möglich gefasster Programme des Staates ganze Berufsgruppen durchs Raster fallen, beziehungsweise in Umstände gedrängt werden, die gerade bei Solo-Selbständigen und Freiberufler*innen nicht zum Lebens- und Arbeitsmodell passen. Besonders nicht bei denen im künstlerisch-kreativen Bereich.

Grob gesagt: Die auf den Weg gebrachten nicht-rückzahlbaren Direktzuschüsse des Bundes, die sog. „Soforthilfen“ dienen nur der Kompensation der anfallenden gewerblichen/betrieblichen laufenden Kosten. Sie sind ausdrücklich keine Kompensation der entstehenden Einnahmeausfälle. Das bedeutet zum Beispiel für eine ganze Reihe von Künstler*innen und Kreativen, dass sie gar keine Soforthilfen erhalten. Welche gewerblichen Kosten rechnen zum Beispiel freischaffende Schauspieler*innen und Musiker*innen ab, wenn alle Auftritte, Vorstellungen oder Proben (so es denn eine Probenpauschale gibt!) aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden? Welche gewerblichen Aufwendungen rechnen Bildende Künstler*innen ab, die keine angemieteten Ateliers haben und deren Ausstellungen (im Zweifel und in der Regel ohne Vergütung) nicht mehr zugänglich sind und eben auch kein Verkauf stattfinden kann? Diese Beispiele zeigen, worum es geht. Es gibt unzählige weitere.

Daher sieht der Bund vor, einen „erleichterten Zugang“ zur Grundsicherung zu ermöglichen, um die Lebenshaltungskosten finanzieren zu können. Das tut weh, liebe Leute. So rein moralisch tut das schon weh, denn die Künstler*innen und Kreativen ohne Rücklagen und offenbar auch ohne gesellschaftlichen

Rückhalt sind zwar gewohnt, mit wenig klar zu kommen, aber die Beantragung von Grundsicherung ist natürlich auch emotional nicht ohne.

Aber okay, sehen wir kurz davon ab und wenden uns dieser Logik zu.

Im Bundestag ist der „erleichterte Zugang“ bereits beschlossen, am Freitag wird er den Bundesrat passieren. Dann gilt er wohl formal. Vermögensprüfung und so weiter werden (vorübergehend) ausgesetzt, aber später nachgeholt. Die Bedarfsgemeinschaftsprüfung wird nicht ausgesetzt. Die Bürokratie offenbar auch nicht.

In einem Kommentar von Till Briegleb in der Süddeutschen Zeitung vom 25.3.2020 wird plastisch und deutlich, worum es geht. Es ist keine Hilfe, es ist eine bürokratische Geißelung. In Situationen, in denen es darum geht, *jetzt* den Lebensunterhalt zu sichern, ist der bürokratische Aufwand einfach nur ein Hohn. Rechnen wir dazu, wie viele Solo-Selbständige und Freiberufler*innen aufgrund der weiterhin bestehenden Bedarfsgemeinschaftsprüfung eben *keinen* Zugang zur Grundsicherung haben werden, wird offenbar, dass vermutlich viele am Ende von gar nichts profitieren und vor den Scherben ihrer beruflichen, aber besonders auch ihrer privaten Existenz stehen werden. Außerdem werden die Partner*innen, die im Zweifelsfall gerade Kurzarbeiter*innengeld beziehen, nun für die Existenz ihrer Lieben zur Verantwortung gezogen. Ein Teufelskreis. Eine Schande nicht erst jetzt, sondern schon seit jenem Zeitpunkt, ab dem das Hartz-IV-System seine unheilvolle Wirkung entfalten durfte.

Kürzlich habe ich bei Twitter über genau diese Frage einen Thread verfasst. Ich habe dabei das Beispiel meines eigenen Mannes, eines freischaffenden Diplom-Schauspielers und Moderators angebracht. Natürlich erklärte ich gleichzeitig, dass sein Beispiel aus einer sehr privilegierten Ausgangssituation kommt, weil ich als Abgeordnete ohne jegliche finanziellen Einbußen und mit üppigen Diäten selbstredend diese Zeit für meinen Mann überbrücken kann. Ich wies aber darauf hin, dass die meisten Solo-Selbständigen und Freiberufler*innen eben nicht in dieser Situation sind. Ich erntete viel Zustimmung, aber es wurde den Betroffenen auch „angeraten“, nicht „rumzuopfern“, sondern sich als Erntehelfer nützlich zu machen. Das war nicht als berechtigt-konstruktiver Vorschlag gemeint, sondern es offenbarte die klar abwertende Grundeinstellung mancher Twitter-Nutzer gegenüber „diesen Künstlern“.

Dabei ist mir einmal mehr schmerzlich bewusst geworden, dass es noch immer grundsätzlich an der Anerkennung und Wertschätzung von Künstler*innen und Kreativen fehlt. Vor allem aber fehlt auch politischen Verantwortungsträger*innen oft das Verständnis der inneren Zusammenhänge und das Bewusstsein für künstlerische Arbeitsprozesse. Sie haben vielleicht auch keine Idee davon, was es mit Menschen macht, deren Hoffnung auf Unterstützung an der Stahlbetonmauer der Bürokratie und dem neoliberalen „Auch-Euch-regelt-der-Markt!“-Ansatz zerschellt.

Und ja, das gilt ausdrücklich auch für alle außerhalb der Kunst- und Kulturszene - und zwar zu jeder Zeit, keine Frage.

Aber was sollen Kreative nun tun, wenn ihnen der Staat aufgrund seiner blinden Flecke zumindest im Moment nicht zu helfen vermag. Unterschiedliche Ländersoforthilfeprogramme - so auch das in Thüringen - können mit einer Einmalzahlung auch für die Lebenshaltungskosten helfen, als Überbrückungshilfe. Das ist gut, unbedingt! Kommt nun aber das Bundesprogramm mit seiner Prämisse „Grundsicherung first!“ dazu, wird es auch in Thüringen und anderen Bundesländern komplexer.

Deshalb bleibt es richtig, ein Sofortprogramm Kultur zu fordern - wie es der Deutsche Kulturrat mit Vehemenz und wie es auch die Bundestagsfraktion der Linken in einem (selbstredend abgelehnten) Entschließungsantrag tut - und diesen auch umzusetzen! Weder Kredite, selbst zinslose, noch die unwürdige

Bürokratiehölle des Grundsicherungssystems sind für die meisten Kreativen eine echte Option. Letzteres kann ein schmerzhafter Rettungsanker sein, wenn der Staat es wirklich zulässt.

In diesem oder einem gesonderten Programm müssen unbedingt auch im Haupterwerb tätige gemeinnützige Vereine der Kultur und der kulturellen Bildung eine Rolle spielen. Für diese gibt es zwar derzeit noch keine Lösung, aber in Thüringen wird zumindest daran gearbeitet!

In Anlehnung an eine alte Weisheit gilt es dennoch bei all dem, die Krise als Chance dafür zu nutzen, unsere bürokratisch überlastete Gesellschaft endlich zu entbürokratisieren. Wir sehen gegenwärtig, dass vieles geht. Machen wir weiter und hören wir auf damit, die auf Hilfe angewiesenen Menschen zu behandeln, als würden sie uns schaden wollen, als wären sie wertlos, als müssten wir ihnen per se misstrauen. Hören wir *endlich* auf damit!

Denken wir immer daran: „Wo Kultur wegbricht, wird Platz frei für Gewalt!“ (August Everding)